

auf dem Weltmarkt direkt erwerben. „Benzin“, so der republikanische Senator Paul Laxalt, „ist für die Nevada-Bewohner so lebenswichtig wie Sauerstoff.“

Deren weitgehend von Wüste bedeckter Staat lebt vom Tourismus. Doch seit Benzin knapp ist, kommen weit weniger Besucher. Schon haben 20 bis 40 Prozent der Hotelangestellten von Las Vegas ihre Jobs verloren. Laxalt: „Wir kommen einfach um.“

Amerikas Autoindustrie sieht sich ebenfalls bedroht: Sie verkaufte schon im März und April — also vor dem Schock von Kalifornien — 11,5 Prozent weniger als 1978, vor allem benzinfressende Straßenkreuzer.

„Die Großwagen-Herstellung sackt ab wie ein Fels“, stellte Chrysler-Präsident Lee Iacocca fest. Kleinere Modelle, wie der Chevrolet von General Motors und der Ford Mustang, gewannen hingegen Marktanteile. Und Importe erreichten mit über 22 Prozent des Gesamtverkaufs (im April des Vorjahres 17 Prozent) sogar einen Rekord. Dennoch: Die Nachfrage nach Benzin ging keineswegs zurück.

Von der landesweiten Benzinknappheit profitierten auch die vernachlässigten öffentlichen Verkehrsmittel der amerikanischen Städte. Hatte noch 1976 die Mehrheit der Bewohner von Los Angeles gegen den Bau eines Massenverkehrssystems gestimmt, so stiegen jetzt 250 000 Bewohner in Stadt und Umgebung auf Busse um — jene in, der riesigen Stadtlandschaft, die in Reichweite einer Strecke leben.

Der alte Greyhound-Überlandbus, in den vergangenen Jahren weitgehend zum Reisemittel des Lumpenproletariats abgesackt, dürfte in der diesjährigen Reisesaison Rekordumsätze verzeichnen, die abgewirtschaftete Amtrak-Eisenbahn verkauft schon jetzt um 40 Prozent mehr Fahrkarten.

Die Amerikaner empfinden es freilich als schweren Eingriff in ihr Leben, wenn sie nun ihr Auto verlassen müssen, den „Zauberteppich“, der „den Menschen Freiheit und Unabhängigkeit gibt“ (so der Soziologe Wane Youngquist).

Die Amerikaner tun alles, um auf diesem Teppich zu bleiben: Ein Mann in San Jose kleidete sich wie ein Tankwart und rief den in einer Schlange wartenden Fahrern zu, daß der Vorrat erschöpft sei. Dann fuhr er im eigenen Wagen vor und ließ volltanken. Ein Autofahrer in San Francisco drohte, mit einer Bombe wiederzukommen, nachdem er vergeblich nach Benzin angestanden hatte.

Ärzte in Kalifornien sprechen schon von einer neuen Krankheit: dem „Benzinschlangen-Syndrom“, einer depressiven Stimmung, beruhend auf dem Glauben, ohne Auto gehe nichts mehr.

„Welche Erschießungen?“

SPIEGEL-Interview mit Nicaraguas Diktator Somoza

SPIEGEL: Herr Präsident, der monatelange Aufstand gegen Ihr Regime hat sich zu einem regelrechten Bürgerkrieg entwickelt. Wie sehen Sie heute Ihre militärische Lage?

SOMOZA: Die Definition Bürgerkrieg ist ungenau. Hier gibt es keine Fronten, vielmehr brechen Gruppen von Leuten Gesetze, verüben Attentate und werden von der Polizei verfolgt, gefangen oder erschossen. Dabei handelt es sich um eine von außen gespeiste Subversion. Die Regierung versucht, diese Subversion zu kontrollieren, und hat dabei bislang die Oberhand behalten.

SPIEGEL: Der Widerstand gegen Ihr Regime scheint aber von der Mehr-

treten. Ich glaube, ich würde Nicaragua einen schlechten Dienst erweisen, wenn ich schwach würde und mich auf so etwas einließe, nur weil 500 Leute in Nicaragua beschließen, das Land bluten zu lassen. Ich glaube, daß Nicaragua mehr ist als nur diese Aufständischen.

SPIEGEL: Seit geraumer Zeit haben die Vereinigten Staaten die Militärhilfe für Ihre Regierung drastisch eingeschränkt. Stimmt es, daß Sie jetzt Waffen aus Israel, Brasilien und Südafrika erhalten?

SOMOZA: Wir beziehen Waffen aus allen Ländern, die sie uns verkaufen wollen. Namen nenne ich keine, weil wir glauben, daß dies unsere eigene Angelegenheit ist.

SPIEGEL: Und wie ist jetzt Ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten?

SOMOZA: Wir haben eine neue Form der Beziehung, wir halten Abstand zueinander.

SPIEGEL: Ihr Ansehen in der Welt verschlechtert sich zusehends, man bezichtigt Sie, die Menschenrechte zu verletzen. Beunruhigt Sie das nicht?

SOMOZA: Ja, natürlich.

SPIEGEL: Warum laden Sie dann keine Menschenrechtskommission nach Nicaragua ein, die die Vorwürfe gegen Sie untersuchen könnte?

SOMOZA: Das wäre jetzt nicht angebracht. Wie kann ich eine Kommission einladen, während es hier Leute gibt, die aus einem fahrenden Wagen heraus zum Beispiel das Postgebäude unter Beschuß nehmen? Was sind das denn für Menschenrechte? Jetzt eine Kommission einzuladen wäre ein — Verbrechen. Nein, die Zeiten sind jetzt nicht so normal, als daß man eine Kommission einladen könnte.

SPIEGEL: Werden denn in Ihrem Land die Menschenrechte nicht verletzt?

SOMOZA: Wir haben die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Uno unterzeichnet und halten sie auch ein.

SPIEGEL: Und die politischen Gefangenen, die Erschießungen?

SOMOZA: Welche Erschießungen? Es sterben diejenigen, die auf die Vertreter der Staatsgewalt schießen. Wer sich ergibt, wird festgenommen und den Richtern übergeben.

SPIEGEL: Unterdessen wird die Wirtschaftslage Ihres Landes immer katastrophaler. Viele Plantagenbesitzer wollen wegen der unsicheren Lage im Land keine Baumwolle mehr aussäen,



Staatschef Somoza

„Warum stürzt man denn nicht Carter?“

heit der Bevölkerung unterstützt zu werden. Meinen Sie nicht, daß Sie bei den nächsten Wahlen in die Opposition geschickt werden?

SOMOZA: Ich glaube, der Vorsprung der regierenden Liberalen Nationalistischen Partei vor der Opposition ist zu groß. Zehn Jahre lang hat sich die Opposition nicht an den Wahlen beteiligt, nur zweimal hat sie mitgemacht, mit katastrophalen Resultaten. Heute ist sie zersplittert.

SPIEGEL: Haben Sie nie daran gedacht, sich wie der Schah von Persien zurückzuziehen?

SOMOZA: Nein.

SPIEGEL: Warum nicht?

SOMOZA: Meine Zeit an der Macht ist ohnehin begrenzt. 1981 muß ich ab-

die für die Deviseneinnahmen Ihres Landes so wichtig ist.

SOMOZA: Das ist ihre Sache, eine Frage der Rentabilität. Irgendwas wird schon gesät werden.

SPIEGEL: Stimmt es, daß Sie einen großen Teil Ihres Geldes schon im Ausland haben, zum Beispiel im kolumbianischen Bergbau?

SOMOZA: Schauen Sie, meine Familie hat Investitionen in verschiedenen Ländern. Aber ich hole mein Geld hier nicht heraus. Meine Unternehmen arbeiten alle.

SPIEGEL: Inzwischen gibt es bereits internationale Boykottaufrufe gegen Ihr Regime, zum Beispiel von seiten der nordamerikanischen Dachgewerkschaft AFL/CIO gegen Ihre Fluggesellschaft Lanica. Kann das für Sie nicht gefährlich werden?

SOMOZA: Es kann unangenehm werden.

SPIEGEL: Aber nicht gefährlich?

SOMOZA: Nein. Mich nennt man einen Diktator. Nun, an allem und jedem kann man etwas aussetzen. Aber in der westlichen Welt gibt es die Freiheit der Arbeit. Solange es Leute gibt, die arbeiten wollen, kann niemand sie daran hindern.

SPIEGEL: Die Moral Ihrer Nationalgarde sinkt ständig, man wirft ihr Diebstähle vor, durchreisende Touristen sollen von Nationalgardisten bei der Kontrolle beraubt worden sein.

SOMOZA: Übergriffe gibt es überall. Wir haben bereits Akten darüber angelegt. Wenn Beweise vorliegen, werden diese Leute bestraft. Aber ich frage Sie: Warum schreibt niemand, was die Sandinistas* stehlen? Meinen Sie, die wären Engel? Vor einigen Tagen ermordeten sie jemanden auf dem Weg zur Hochzeit. Sollen die Behörden mit gekreuzten Armen zusehen und rufen „Bravo, muchachos“?

SPIEGEL: Haben Sie persönlich nie überlegt, ob es noch einen anderen Weg gäbe als den der Waffen?

SOMOZA: Ich habe es bewiesen, indem ich Gespräche und Waffenstillstand angeboten habe. Aber solange ich die Verfassung hinter mir habe, wird das Land auf dem von der Verfassung vorgezeichneten Weg bleiben. Wer sterben will beim Versuch, diese Ordnung zu stürzen, der hat das selbst zu verantworten.

SPIEGEL: Sie haben einmal gesagt, daß Sie nur als Toter hier rausgehen werden. Bleiben Sie dabei?

SOMOZA: Jawohl, bis ich die Präsidentschaft einem gewählten Nachfolger abtreten muß. Und nun frage ich Sie: Warum stürzt man denn eigentlich zum Beispiel nicht den Präsidenten Carter, der jetzt bei allen Meinungsumfragen so schlecht aussieht?

* Kämpfer der nicaraguanischen Widerstandsbewegung „Frente Sandinista“.

In Mittelamerika

erschüttern Guerillakämpfe und Bürgerkrieg jene kleinen Militärdiktaturen auf der Landbrücke zwischen Nord- und Südamerika, von denen die Welt sonst allenfalls anlässlich der dort besonders häufigen Erdbeben hört. Nur in zwei der sechs Republiken, dem gemäßigt autoritär regierten Panama und dem demokratischen Costa Rica, herrscht relative Ruhe.

In Nicaragua dagegen liefern sich vom Volk unterstützte Aufständische und die Nationalgarde des Präsidenten Somoza seit 19 Monaten erbitterte Gefechte, bei denen ganze Städte fallen und wieder zurückerobert werden.

In El Salvador entführten militante Regimegegner innerhalb weniger Monate ein halbes Dutzend ausländischer Botschafter und Geschäftsleute und besetzten insgesamt

vulkanreichen Ländern sind Mestizen und Indios, die Mehrheit von ihnen arme Bauern, Analphabeten, von denen in Guatemala viele nicht einmal die Staatssprache Spanisch sprechen.

Durch, einheimische Großgrundbesitzer oder internationale Bananen-, Kaffee- und Baumwoll-Gesellschaften von ihrem Grund und Boden vertrieben, landeten viele in den Elendsvierteln der Städte. In El Salvador, dem am dichtesten bevölkerten Staat der Region, sind über 70 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren stark unterernährt.

Wann immer sich, vor allem nach dem Sieg Castros im nahe gelegenen Kuba, Widerstand regte, schlugen die Machthaber und ihre Militärs hart zu: In der guatemalteckischen Provinz Zacapa erschossen Anti-Guerillajäger schon vor dreizehn Jahren über 6000 Bauern in einer „Befriedigungsaktion“.

Waffen und Dollars bekamen — und bekommen — die Militärs aus den USA: Dem Vater des derzeit regierenden Nicaragua-Diktators, Anastasio Somoza, bauten die US-Marines seine Nationalgarde auf, Somoza selbst hat aus seiner Zeit auf den US-Militärakademien West Point und La-Salle enge Freunde im Pentagon.

Erst im Februar dieses Jahres, als sich längst fast die gesamte Nation gegen den Diktator erhoben hatte, stellte Präsident Carter offiziell die Waffenhilfe für Somoza ein. Doch dafür helfen ihm nun seine Amtskollegen: Auf einer Farm nahe Guatemala-Stadt hielten die Präsidenten von Guatemala und El Salvador sowie der Chef des militärischen Nachrichtendienstes von Honduras geheimen Kriegsrat mit Somoza.

Auch die Gegenseite schließt die Reihen fester: Nicaraguas Nachbar Costa Rica, das vor dreißig Jahren per Verfassung seine Armee abgeschafft hat, gibt Guerillas und Flüchtlingen Unterschlupf, Panama bildet internationale Brigaden gegen Somoza aus. Mittelamerika, so der frühere Präsident von Costa Rica, José Figueres, ist „ein Vulkan, der jederzeit ausbrechen kann“.



sieben Kirchen in der Hauptstadt. Vor der Kathedrale richteten Polizeitruppen unter der versammelten Menschenmenge ein Blutbad an.

In Guatemala bringen paramilitärische Kommandos der rechtsradikalen „Antikommunistischen Geheimarmee“ nach Todeslisten innenpolitische Gegner auf offener Straße um — zuletzt den einstigen Bürgermeister von Guatemala-Stadt.

In Honduras beendete die Polizei kürzlich eine Arbeitsniederlegung, indem sie in die Streikenden schoß und drei Arbeiter tötete. Anschließend beschuldigte die Regierung „Ausländer“ und „Kommunisten“, soziale Unruhe ins Land zu bringen.

Doch diese Unruhe ist wohl ein eigenständiges Gewächs dieser „Bananenrepubliken“, die, seit dem vorigen Jahrhundert von den USA und US-Gesellschaften abhängig, bis heute von einer winzigen Oberschicht regiert werden, als wären sie deren Privatbesitz.

Weit über drei Viertel der rund 17 Millionen Menschen in den vier